DIE open access

IMPULS

Vorschlag für ein Bildungsgrundeinkommen

Mit Bildung Zukunft gestalten

RAINALD MANTHE

Weiterbildung kann helfen, aktuellen und zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Das Zentrum Liberale Moderne hat gemeinsam mit Prognos einen Vorschlag für ein Bildungsgrundeinkommen ausgearbeitet, das auf den Strukturwandel von Arbeitsmarkt und Gesellschaft reagiert. Der Autor stellt die Grundzüge des Bildungsgrundeinkommens hier vor.

Unsere Welt wandelt sich immer rasanter. Digitalisierung, globale Migration, der Umbau hin zu einer klimafreundlicheren Wirtschaft, neuerdings auch globale Pandemien und vieles mehr – in den 2020er Jahren gilt es, viele Großherausforderungen zu bewältigen. Dies bringt einen immer schnelleren gesellschaftlichen Wandel mit sich, der viele Menschen verunsichert.

Die Politik ist gefragt, darauf Antworten zu finden. Die Antworten sollten zwei Dinge beinhalten: Erstens müssen sie Lösungen für die skizzierten Herausforderungen bieten, und zweitens müssen sie Menschen »Sicherheit im Wandel« geben. Diese Sicherheit, das eigene Leben auch in Phasen schnellen Wandels in der Hand zu haben und selbst gestalten zu können, ist wichtig – auch für die Demokratie. Demokratie kann (und muss!) so beweisen, dass sie handlungsfähig ist (Zentrum Liberale Moderne, 2019).

Die Rolle der Weiterbildung kann kaum überschätzt werden

Auch unsere Arbeitswelt wird sich weiter wandeln, und das schneller als bisher. Studien, die den Verlust oder den Zuwachs von Arbeitsplätzen allein durch die Digitalisierung vorhersagen, gibt es viele. Ihre Ergebnisse sind unterschiedlich, einig sind sie sich jedoch in einem Punkt: Arbeitsplätze werden sich massiv verändern, einige Berufsbilder wegfallen, andere neu entstehen (u. a. den Beitrag von Florian Kübler in diesem Heft). Ähnliche Auswirkungen lassen der Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft oder die stärkere Rückverlagerung kritischer Infrastrukturen, etwa im Medizinbereich, erwarten. Dabei ist der Arbeitsmarkt zentral im Leben der Menschen: Er verteilt Einkommen, Chancen, Wertschätzung, soziales Kapital. Es gilt schon lange nicht mehr, dass Menschen die Kompetenzen ihrer Erstausbildung ein Leben lang nutzen können – und der erwartete Wandel der Arbeitswelt wird diesen Trend noch verstärken. Deshalb kommt Weiterbildung eine kaum zu überschätzende Rolle bei der Bewältigung gesellschaftlichen Wandels zu. Weiterbildung ermöglicht es Menschen, sich neue Kompetenzen anzueignen, neue berufliche Wege einzuschlagen und sowohl zufrieden als auch arbeitsmarktfähig zu bleiben.

Diese Erkenntnis ist nicht neu, und Weiterbildung wird auch heute schon stark nachgefragt. Einen großen und wichtigen Teil machen dabei betriebliche Weiterqualifizierungen aus. Das zeigt sich auch bei der Finanzierung: Den überwiegenden Teil von Weiterbildungen zahlen Privatpersonen oder Betriebe (Dobischat, Münk & Rosendahl, 2019, S. 20). Betriebliche Weiterqualifizierung ist wichtig, hilft aber nur bedingt, wenn sich Berufsbilder massiv verändern oder gar wegfallen.

Zudem ist der Zugang zu Weiterbildung ungleich verteilt. Betrachtet man die Teilnahmequoten an Weiterbildungsmaßnahmen, so fällt schnell auf: Wer beruflich besser gestellt ist, wer mehr verdient und eine bessere Ausbildung genossen hat,

AUSGABE 5 — 2021 53

Schlagwörter

Weiterbildung, Arbeitsmarkt, Digitalisierung, Qualifizierung, Weiterbildungsangebot, Netzwerk, Kooperation, Weiterbildungsfinanzierung, Teilnehmer

weiter bilden
DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung

Rainald Manthe (corresponding author: rainald.manthe@libmod.de)

Mit Bildung Zukunft gestalten

weiter bilden. DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung 28 (3)
Seiten: 53–56
Erschienen: September 2021 (Bielefeld: wbv Publikation)
Erschienen Open Access: 30. September 2021 (Bonn: DIE) Zeitschriftenaufsatz
deutsch

Zitierempfehlung
Manthe, R. (2021). Mit Bildung Zukunft gestalten. DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung 28 (3), 53–56. http://www.die-bonn.de/id/39788

Lizenz
CC-Lizenz BY-SA 3.0/4.0 deutsch

Identifier
http://www.die-bonn.de/id/39788

Reviewstatus
offene Begutachtung durch einen Fachbeirat

Leibniz Gemeinschaft

Vorschlag für ein Bildungsgrundeinkommen

Mit Bildung Zukunft gestalten

RAINALD MANTHE

Weiterbildung kann helfen, aktuellen und zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Das Zentrum Liberale Moderne hat gemeinsam mit Prognos einen Vorschlag für ein Bildungsgrundeinkommen ausgearbeitet, das auf den Strukturwandel von Arbeitsmarkt und Gesellschaft reagiert. Der Autor stellt die Grundzüge des Bildungsgrundeinkommens hier vor.

Unsere Welt wandelt sich immer rasanter. Digitalisierung, globale Migration, der Umbau hin zu einer klimafreundlicheren Wirtschaft, neuerdings auch globale Pandemien und vieles mehr – in den 2020er Jahren gilt es, viele Großherausforderungen zu bewältigen. Dies bringt einen immer schnelleren gesellschaftlichen Wandel mit sich, der viele Menschen verunsichert.

Die Politik ist gefragt, darauf Antworten zu finden. Die Antworten sollten zwei Dinge beinhalten: Erstens müssen sie Lösungen für die skizzierten Herausforderungen bieten, und zweitens müssen sie Menschen »Sicherheit im Wandel« geben. Diese Sicherheit, das eigene Leben auch in Phasen schnellen Wandels in der Hand zu haben und selbst gestalten zu können, ist wichtig – auch für die Demokratie. Demokratie kann (und muss!) so beweisen, dass sie handlungsfähig ist (Zentrum Liberale Moderne, 2019).

Die Rolle der Weiterbildung kann kaum überschätzt werden

Auch unsere Arbeitswelt wird sich weiter wandeln, und das schneller als bisher. Studien, die den Verlust oder den Zuwachs von Arbeitsplätzen allein durch die Digitalisierung vorhersagen, gibt es viele. Ihre Ergebnisse sind unterschiedlich, einig sind sie sich jedoch in einem Punkt: Arbeitsplätze werden sich massiv verändern, einige Berufsbilder wegfallen, andere neu entstehen (s.a. den Beitrag von Florian Köhler in diesem Heft). Ähnliche Auswirkungen lassen der Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft oder die stärkere Rückverlagerung kritischer Infrastrukturen, etwa im Medizinbereich, erwarten. Dabei ist der Arbeitsmarkt zentral im Leben der Menschen: Er verteilt Einkommen, Chancen, Wertschätzung, soziales Kapital. Es gilt schon lange nicht mehr, dass Menschen die Kompetenzen ihrer Erstausbildung ein Leben lang nutzen können – und der erwartete Wandel der Arbeitswelt wird diesen Trend noch verstärken. Deshalb kommt Weiterbildung eine kaum zu überschätzende Rolle bei der Bewältigung gesellschaftlichen Wandels zu. Weiterbildung ermöglicht es Menschen, sich neue Kompetenzen anzueignen, neue berufliche Wege einzuschlagen und sowohl zufrieden als auch arbeitsmarktfähig zu bleiben.

Diese Erkenntnis ist nicht neu, und Weiterbildung wird auch heute schon stark nachgefragt. Einen großen und wichtigen Teil machen dabei betriebliche Weiterqualifizierungen aus. Das zeigt sich auch bei der Finanzierung: Den überwiegenden Teil von Weiterbildungen zahlen Privatpersonen oder Betriebe (Dobischat, Münk & Rosendahl, 2019, S. 20). Betriebliche Weiterqualifizierung ist wichtig, hilft aber nur bedingt, wenn sich Berufsbilder massiv verändern oder gar wegfallen.

Zudem ist der Zugang zu Weiterbildung ungleich verteilt. Betrachtet man die Teilnahmequoten an Weiterbildungsmaßnahmen, so fällt schnell auf: Wer beruflich bessergestellt ist, wer mehr verdient und eine bessere Ausbildung genossen hat,

Zentrum Liberale Moderne

Das Zentrum Liberale Moderne ist ein im Jahr 2017 von Marieluise Beck und Ralf Fücks gegründeter ThinkTank, der die offene Gesellschaft nach innen und außen verteidigt. Angesichts der wachsenden weltweiten Herausforderungen brauche es, so Beck und Fücks, »ein parteiübergreifendes Nachdenken über die Zukunft unseres Gemeinwesens und der internationalen Ordnung.« Das Zentrum arbeitet in zahlreichen innen- und außenpolitischen Projekten an der Verteidigung und Weiterentwicklung der liberalen Demokratie.

Die Studie »Das Bildungsgrundeinkommen. Vorschlag für eine neue Weiterbildungsfinanzierung« (Zentrum Liberale Moderne, 2021), die in Zusammenarbeit mit dem Institut Prognos entstanden ist, ist aus dem Projekt »Sicherheit im Wandel« hervorgegangen. In dem Projekt hat eine Expertenkommission 55 konkrete Handlungsempfehlungen ausgearbeitet, mit denen die liberale Demokratie den Herausforderungen Globalisierung, Digitalisierung, Migration, demografischer Wandel und Klimawandel begegnen kann.

→ WWW.LIBMOD.DE
→ WWW.SICHERHEITIMWANDEL.DE
→ WWW.LIBMOD.DE/NEUE-STUDIE-ZUM-BILDUNGSGRUNDEINKOMMEN

nimmt Weiterbildung eher in Anspruch. Dieser »Matthäus-Effekt« in der Weiterbildung wird umso mehr zum Problem in Phasen stärkeren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels, denn Weiterbildung kommt oft nicht bei denen an, die als Verliererinnen und Verlierer des Wandels gelten können. Dabei würden gerade sie von Weiterbildung profitieren.

Im Angesicht der zunehmenden, drastischen Veränderungen erscheint ein stärkerer politischer Fokus auf Weiterbildung also umso dringlicher. Analysiert man die aktuelle Lage ernsthaft, kommt man zu der Erkenntnis: Wir brauchen ein soziales Bürgerrecht auf Weiterbildung, das mit konkreten Instrumenten unterlegt ist, um adäquat auf den Strukturwandel von Arbeitswelt und Gesellschaft reagieren zu können. Das hier vorgeschlagene Bildungsgrundeinkommen vereint diesen Rechtsanspruch mit einem konkreten Finanzierungsinstrument.

Ein Recht auf Weiterbildung

Ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung sollte für alle Menschen im berufsfähigen Alter gelten. Ein Rechtsanspruch ist einklagbar, er gibt den Bürgerinnen und Bürgern eine starke Position gegenüber dem Staat. Er macht darüber hinaus deutlich: Lebenslang zu lernen ist in hohem Maße relevant, um am Leben teilzunehmen. Nicht zuletzt wird das Thema durch ein Recht auf Weiterbildung in den Köpfen verankert.

Die Forderung nach einem Rechtsanspruch auf Weiterbildung ist politisch wie in der Fachcommunity weit verbreitet. Er nützt allerdings wenig, wenn er nicht mit konkreten Instrumenten verknüpft ist. Zentral ist dabei die Frage der Finanzierung. Das Zentrum Liberale Moderne schlägt daher ein Bildungsgrundeinkommen vor. Es soll allen Menschen zwischen 25 und 65 Jahren, also während ihrer aktiven beruflichen Phase, für berufsbezogene bzw. beruflich verwertbare Weiterbildung zur Verfügung stehen. Sie sollen das Bildungsgrundeinkommen in ihrem Lebensverlauf bis zu drei Jahre in Anspruch nehmen können, am Stück oder in Teilen. Teilzeitweiterbildungen sind möglich; Erstausbildungen sowie rein betriebliche Weiterbildungen sind dagegen ebenso ausgeschlossen wie solche, die allein der privaten Fortentwicklung dienen und nicht beruflich verwertbar sind. Diese Einschränkungen sind insofern gerechtfertigt, als dass das Bildungsgrundeinkommen aus Steuermitteln finanziert werden soll (s.u.) – es muss bei einer solchen Finanzierung eine Balance zwischen gesellschaftlichem Mehrwert und individuellem Nutzen gefunden werden. Damit liegt das Bildungsgrundeinkommen quer zu der im Weiterbildungssektor etablierten Unterscheidung zwischen berufsbezogener und allgemeiner Weiterbildung. Wichtig ist, dass eine Fortbildung nicht allein der persönlichen Entwicklung dient, sondern potenziell auch am Arbeitsmarkt nutzbar ist. Die genauen Kriterien hierfür sind noch zu entwickeln.

Wir schlagen einen Grundbetrag von 1.200 Euro netto monatlich vor. Dieser ist so gewählt, dass Geringverdienende kaum Abstriche machen, Besserverdienende aber einen Teil ihres Sparguthabens aufwenden müssen, um ihren Lebensstandard zu halten. Dies ist insofern zu rechtfertigen, als dass es sich um eine staatliche Investition mit gesamtgesellschaftlichem Wirkungsziel handelt, die aber auch positive Effekte auf den Einzelnen – weniger Arbeitslosigkeit, ein höheres Lebenseinkommen, mehr Lebenszufriedenheit – nach sich ziehen kann. Darüber hinaus sind Zuschläge für Kinder oder Beeinträchtigungen vorgesehen, z. B. 200 Euro pro Kind. Die Sozialabgaben sowie Kurs- und Materialkosten werden ebenfalls getragen. Eine Mindestdauer der Inanspruchnahme von drei Monaten am Stück sorgt dafür, dass Verwaltungsaufwand und Nutzen einer Weiterbildung nicht im Missverhältnis stehen.

Um lebenslanges Lernen breiteren Schichten zugänglich zu machen, braucht es neben einem Rechtsanspruch und einem einfachen Finanzierungsinstrument einige weitere Maßnahmen. Diese sollen dazu beitragen, Weiterbildung zugänglicher und die Weiterbildungsangebote besser nutzbar zu machen, sowie die Qualität der Angebote zu sichern und zu verbessern.

Flankiert wird das Bildungsgrundeinkommen durch folgende Maßnahmen:

- Gekoppelt ist die Auszahlung des Bildungsgrundeinkommens an eine verpflichtende Weiterbildungsberatung, jedoch nicht – das ist wichtig – an das Ergebnis der Beratung. Menschen haben die Möglichkeit, sich anders zu entscheiden, sollen aber doch eine Stelle an die Hand bekommen, die ihnen die Weiterbildungslandschaft kompetent näherbringt. Dieser Aspekt ist wichtig, handelt es sich doch um ein Bürgerrecht, zu dessen Verwirklichung neben finanziellen Mitteln auch bestimmte Kenntnisse gehören. Die Weiterbildungsberatung kann auch breiter angelegt sein. Sie kann über verschiedene Weiterbildungsangebote informieren – berufsbezogene und nicht berufsbezogene –, bei denen das Bildungsgrundeinkommen dann nur eine mögliche Finanzierungsquelle ist. Für schwer erreichbare Zielgruppen ist ein tiefergehendes, begleitendes Coaching denkbar, das sie während ihrer Weiterbildungskarriere begleitet.

- Der Rechtsanspruch auf Weiterbildung beinhaltet das Recht auf unbezahlte Freistellung mit einem Rückkehrrecht an den Arbeitsplatz.

- Auszahlbar ist das Bildungsgrundeinkommen nur für bundesweit gültige Abschlüsse. Dies soll der derzeitigen starken Fragmentierung des Sektors entgegenwirken. In einer Gesellschaft mit hoher Mobilität ist es wichtig, dass Zertifikate und Kompetenzen breit anerkannt werden und übertragbar sind.

- Das Bildungsgrundeinkommen ist bei einem kompetenten Träger angesiedelt, der bundesweit tätig ist. Das kann etwa eine weiterentwickelte Bundesagentur für Arbeit mit stärkerem Schwerpunkt auf Beratung sein. Andere Trägeroptionen sind denkbar, sofern sie bundesweit in der Fläche präsent sowie im Bereich Weiterbildungsberatung kompetent sind, um für alle Bürgerinnen und Bürger leicht zugänglich zu sein. Die institutionelle Anbindung des Bildungsgrundeinkommens darf keine zusätzlichen Hürden aufbauen.

- Es muss eine bessere, bundesweite Transparenz des Weiterbildungsangebotes geben. Erste politische Schritte dazu wurden unternommen, diese müssen zügig fortgesetzt werden. Hier kann dann vermerkt sein, welche Angebote für ein Bildungsgrundeinkommen infrage kommen.

- Es muss unbedingt stärker in das Personal im Weiterbildungssektor sowie in die Qualitätssicherung und Weiterbildung des Personals investiert werden. Die Beschäftigungen sind häufig prekär, Qualität wird sehr unterschiedlich nachgehalten. Bei einem für die Zukunft so wichtigen Bereich sind Investitionen notwendig. Um diese Investitionen abzubilden, sind die Kurskosten in der Berechnung der Kosten (s.u.) etwas höher angesetzt, als sie momentan Realität sind.

Weiterbildung ist eine staatliche Investition

Es lässt sich schwer absehen, welche Kosten ein Bildungsgrundeinkommen genau verursachen würde. Noch ist zu unklar, wie stark es in Anspruch genommen würde, wenn es sich um ein einfaches, leicht verständliches und verfügbares Instrument handelt. Wir gehen davon aus, dass sich weitaus mehr Menschen als bisher für eine substanzielle, beruflich verwertbare Weiterbildung entscheiden würden, wenn ein Bildungsgrundeinkommen verfügbar wäre. Dies zeigt sich auf der Kostenseite, aber auch auf der Nutzenseite. Dass Weiterbildung maßgeblich bei der Bewältigung des anstehenden Strukturwandels unserer Wirtschaft und Arbeitswelt helfen kann, rechtfertigt staatliche Investitionen in weitaus größerem Maße als bisher.

In der Studie zum Bildungsgrundeinkommen hat das Wirtschaftsforschungsunternehmen Prognos zwei Szenarien berechnet, die davon ausgehen, dass jedes Jahr ein Prozent der Anspruchsberechtigten – etwa 367.000 Personen – ein Bildungsgrundeinkommen durchschnittlich vier bzw. sieben Monate in Anspruch nehmen. Mit Lebenshaltungskosten, Kurskosten und Sozialversicherungsabgaben kommen die Berechnungen auf eine Spannbreite zwischen 7 und 14 Mrd. Euro jährlich. Auffällig ist dabei, dass die Kurskosten eine große, schwer einzugrenzende Spannbreite einnehmen. Gerechnet wurde einmal mit 20 Euro/Unterrichtsstunde (und damit knapp über dem Durchschnittskostensatz der Bundesagentur für Arbeit) sowie einmal mit 35 Euro/Unterrichtsstunde (angelehnt an eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung [2017] zur Arbeitsversicherung, die auch kostspielige Führungskräfteweiterbildungen enthält, siehe ausführlich Zentrum Liberale Moderne, 2021, S. 14ff.).

Genaue Zahlen zur Nutzung und zu den Kosten, aber auch zu den Wirkungen eines Bildungsgrundeinkommens ließen sich in einem Modellversuch, beispielsweise in einem Bundesland oder mehreren Landkreisen, genauer bestimmen. Auch die spannende Frage, wie sich größere Investitionen in die Weiterbildungsinfrastruktur und das Weiterbildungspersonal mittelfristig auf die Kurskosten auswirken, ließe sich so genauer beantworten. Klar ist: Das Bildungsgrundeinkommen wäre eine starke Investition in die Zukunft – eine Investition, die auch Kosten mit sich bringt. Diese ließen sich jedoch zumindest in Teilen gegenfinanzieren. Es ließen sich mindestens mittelfristig andere, häufig spezialisierte

Weiterbildungsangebote in das Bildungsgrundeinkommen integrieren (ebd.: S. 18f.). Neben den reinen Auszahlungskosten für diese Instrumente ließen sich durch eine Zusammenlegung auch Verwaltungskosten sparen.

Ein Bildungsgrundeinkommen kann helfen, den Strukturwandel am Arbeitsmarkt nicht nur abzufedern, sondern gestaltbar zu machen – politisch wie individuell. Das kann zu geringeren Ausgaben für (Langzeit-)Arbeitslosigkeit führen und dadurch zu höheren Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen. Auch diese beiden Effekte würden dazu beitragen, die Kosten eines Bildungsgrundeinkommens mittelfristig zu amortisieren.

Das Bildungsgrundeinkommen ist eine starke staatliche Investition in Köpfe. Dass diese notwendig sind, ist politisch und gesellschaftlich Konsens. Auch die Forderung, einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung zu verankern, wird politisch breit geteilt. Im Gegensatz zur Nationalen Weiterbildungsstrategie, die etwa unter Beteiligung der Sozialpartner auf eine starke Eigeninitiative der jeweiligen gesellschaftlichen Bereiche setzt, ist das Bildungsgrundeinkommen ein neues, staatliches Instrument. Nur eine so massive Investition, gekoppelt an einen Rechtsanspruch und weitere Verbesserungen im Weiterbildungssektor, können es aus unserer Sicht schaffen, den anstehenden Strukturwandel von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft zu gestalten.

Ein Bildungsgrundeinkommen ist ein Gewinn für die Demokratie

Ein Bildungsgrundeinkommen hat großes Potenzial. Die Bindung eines Finanzierungsinstrumentes an ein Bürgerrecht auf Weiterbildung verspricht, den Weiterbildungssektor endlich umfassend politisch zu fördern. Dadurch, dass das Instrument unbürokratisch, leicht zu verstehen, breit anzuwenden und an eine nicht verbindliche, aber kompetente Beratung geknüpft ist, hat es das Potenzial, die Weiterbildungsbeteiligung deutlich zu erhöhen. Mehr noch: Es fördert die Teilhabe an Weiterbildung und darüber hinaus an Gesellschaft.

Das hat auch Rückwirkungen auf unsere Demokratie: Wenn Menschen das Gefühl haben, eigenverantwortlich über ihr Leben bestimmen zu können, steigt die Zustimmung zur Demokratie. Das Argument funktioniert auch umgedreht: Nur, wenn Demokratie »liefert«, also Menschen die Möglichkeit gibt, sich zu entfalten, ist Demokratie langfristig erfolgreich. Sie muss Menschen eben »Sicherheit im Wandel« bieten, auch und gerade in Zeiten größeren Wandels. Ein Bildungsgrundeinkommen kann ein Baustein dafür sein.

Dobischat, R., Münk, D. & Rosendahl, A. (2019). *Weiterbildungsfinanzierung in Deutschland 1995–2015. Aktueller Stand, Entwicklung, Problemlagen und Perspektiven.* www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/LL_Hintergrundstudie_Weiterbildungsfinanzierung1995-2015.pdf

Friedrich-Ebert-Stiftung (2017). *Umsetzung, Kosten und Wirkungen einer Arbeitsversicherung.* Herausgeberin: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik. https://library.fes.de/pdf-files/wiso/13628.pdf

Zentrum Liberale Moderne (2021). *Das Bildungsgrundeinkommen. Vorschlag für eine neue Weiterbildungsfinanzierung*. https://libmod.de/wp-content/uploads/LibMod_Bildungsgrundeinkommen.pdf

Zentrum Liberale Moderne (2019). *Sicherheit im Wandel. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten stürmischer Veränderung.* https://libmod.de/der-bericht-der-expertenkommission-sicherheit-im-wandel/

© Oleksandr Serdyuk

DR. RAINALD MANTHE

ist Programmdirektor für den Bereich Gesellschaftspolitik am Zentrum Liberale Moderne in Berlin.

rainald.manthe@libmod.de